

Bewerberrückgang, Überlastung im öffentlichen Dienst, Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, „Halde“, Bürgerschaftswahl 2023

Das sind nur einige Themen, die uns seit Jahresbeginn weiter intensiv begleiten. Alles Themen, auf die wir immer wieder hingewiesen und den Finger in die Wunden gelegt haben. Was terminiert ist und auch zu einem Ergebnis führen wird, das sind die Bürgerschaftswahlen am 14. Mai 2023.

Nils Winter

Bewerberrückgang

Die Aufgabe Polizei zieht immer noch Bewerber:innen an. Es gibt noch viele junge Menschen, die gerne anderen Menschen helfen und für Gerechtigkeit eintreten wollen, aber die tatsächlichen Arbeitsbedingungen schwächen die Bewerberzahl stark ab. Es gibt viele Alternativen auf dem Arbeitsmarkt, die wahrscheinlich attraktiver sind. Der Fachkräftemangel gibt jungen Menschen viele Möglichkeiten. Die Bewerberzahl ist unter anderem stark abhängig von den Verdienstmöglichkeiten und ob die Polizei in Bremen und Bremerhaven moderne Arbeitgeber sind. Die Attraktivität muss verbessert werden, um Schritt zu halten.

Bei der Bezahlung liegt die Polizei im Vergleich zu den anderen Bundesländern und des Bundes im Schlussdrittel. Bei der Polizeizulage teilt man sich im Land Bremen sogar die „rote Laterne“ mit einigen wenigen anderen Bundesländern, und ruhegehaltstauglich ist die Polizeizulage schon lange nicht mehr. Der Innenausschuss in Sachsen-Anhalt hat die Erhöhung der Polizeizulage rückwirkend zum 1. Januar 2023 auf 152,85 Euro beschlossen. Und in Schleswig-Holstein soll diese zum 1. Juli 2023 wieder ruhegehaltstauglich werden.

Die Besoldung ist aber nur einer von mehreren Faktoren bei der Entscheidung, sich bei der Polizei zu bewerben. Weitere Faktoren sind die Ausstattung an Einsatzmitteln, hier u. a. im Bereich der IT und der

Ausbau der Digitalisierung, die Möglichkeit von Homeoffice und Arbeitszeitmodelle insgesamt. Hier muss man besser und flexibler werden. Die Rahmenbedingungen des Arbeitgebers, u. a. auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, spielen eine große Rolle bei den jungen Menschen.

Die Politik muss schnell handeln und in die Polizei investieren. Die innere Sicherheit darf nicht gefährdet werden.

Ansgar Langhorst von Radio Bremen Eins führte zu diesem Thema ein Interview mit dem Landesvorsitzenden Nils Winter. Das Gespräch wurde im Hörfunk auf Radio Bremen Eins am Nachmittag des 25. Januar 2023 ausgestrahlt.

Überlastung und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Im Ordnungsamt, Bürgeramt und Migrationsamt in Bremen und in den Ämtern in Bremerhaven ist die Überlast für die Beschäftigten kaum mehr auszuhalten. Die personellen Ressourcen sind nicht ausreichend und es kommen immer neue Aufgaben hinzu. Die Beschäftigten machen sich große Sorgen. Sie würden gerne alles schaffen, aber das ist nicht möglich. Dieser Zustand ist für alle sehr frustrierend und macht krank.

Hier muss die Politik schnellstens in das Personal und die Digitalisierung investieren.

Die Beschäftigten in den Ämtern müssen sich viele unschöne Dinge von den Bürger:innen gefallen lassen. Sie sind die Ers-





„Die Beschäftigten in den Ämtern in Bremen und Bremerhaven geben alles für unsere beiden Städte. Wir sind nicht verantwortlich dafür, dass wir zu wenige sind, um diesen enormen Belastungen gerecht zu werden“,

kritisiert Nils Winter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen.

ten, die es zu spüren bekommen, wenn es nicht so läuft, wie es sich die Bürger:innen vorstellen.

Die „Halde“ bei der Kriminalpolizei

Der hohe Aktdruck lastet weiter auf Kriminalpolizist:innen. Die Arbeitsbelastung im Bereich der Ermittlungsarbeit ist viel zu groß. Deshalb müssen unverzüglich Verbesserungen für die kriminalpolizeiliche Arbeit her.

Das Stopfen von Löchern in den Kommissariaten wirkt sich auf alle Bereiche der Polizeiarbeit aus. Der Personalkörper der Polizei ist viel zu klein und das Verschieben von Personal innerhalb der Polizei ist nicht mehr tragbar.

Wir erwarten von der Politik unverzüglich Verbesserungen für die Polizei. Es muss massiv, und das noch vor der Bürgerschaftswahl im Mai dieses Jahres, in die IT/Digitalisierung investiert werden. Außerdem müssen Einstellungen von Expert:in-

nen mit speziellen Fähigkeiten u. a. im Bereich der Analyse und der Wissenschaft schnellstens erfolgen. Hier spielt auch der finanzielle Aspekt eine Rolle, um Einstellungen zu verwirklichen.

Mittel- bis langfristig sind konstant hohe Einstellungen in die Polizei dringend erforderlich. So eine personelle Situation, wie sie seit der letzten Reform 2004 besteht, darf es nie wieder geben. Große Einstellungszahlen müssen klug und zielgerecht eingesetzt werden, um effektive Polizeiarbeit zu bewirken.

Die hohe Aktenlast darf nicht durch zu wenig Personal oder veraltete Technik, wie bei der IT, erschwert werden. Die Polizei muss durch die Politik in die Lage gebracht werden, dass sie konsequent und schnell handeln kann.

Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023

Die große Frage bleibt, wann es endlich zu den dringend notwendigen Investitionen in

Ausblick

24. März 2023

Landesbeiratssitzung der GdP Bremen

30. März 2023

Gespräch der Regierungschefin und Regierungschefs der norddeutschen Länder mit Vertreter:innen der Gewerkschaften in Bremen

26. April 2023

Mahl der Arbeit

1. Mai 2023

Tag der Arbeit, Domshof, mit vorherigem Aufzug vom Weserstadion

14. Mai 2023

Wahlen in Bremen und Bremerhaven

30. Mai 2023

Jubiläum der GdP Bremen: „60 Jahre unter einem guten Stern“



den öffentlichen Dienst kommen soll. Wie bereits erwähnt, die Bürgerschaftswahl 2023 ist terminiert und die endgültigen Ergebnisse stehen bereits ein paar Tage nach der Wahl fest. Damit sind die Probleme im öffentlichen Dienst aber längst nicht gelöst. Wenn sich alle Parteien einig sind, dass es so nicht weitergehen kann, kann man den März und April noch nutzen, um Verbesserungen voranzubringen. Dazu gehören unter anderem auch die Anpassung der Polizeizulage und die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit. ■

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Foto: GdP Bremen

Heinfried Keithahn

Gerecht geht anders

Rückkehr der Autokraten

Am 1. März verhandelt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Sachen Beamtenstreik. Wie auch immer das Urteil ausfällt, für uns ist das Ergebnis kaum relevant, denn ein Streikrecht für die Polizei wird es ohnehin nicht geben.

Heinfried Keithahn

Nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts brauchen wir es auch nicht, denn unserer Treuepflicht steht das Lebenszeit- und Alimentationsprinzip gegenüber. Besoldung und Versorgung werden damit einseitig durch Gesetz festgelegt, wobei der Dienstherr zur amtsangemessenen Besoldung und Versorgung verpflichtet ist. Was das bedeutet, hat das Bundesverfassungsgericht im Laufe der Zeit immer genauer definiert. Und für den Fall, dass Zweifel an der Höhe der Bezüge bestehen, wurde der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten ein grundrechtsgleiches Recht zur gerichtlichen Überprüfung einräumt.

Darüber hinaus haben die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen im Bereich der beamtenrechtlichen Verhältnisse zwar keine Mitentscheidungs-, wohl aber Beteiligungsrechte. Das bedeutet, dass wir unsere Meinung zu Gesetzen und Verordnungen abgeben und Änderungs-, ja sogar Verbesserungsvorschläge abgeben dürfen, die dann zu einer sachgerechten Einigung führen sollen.

Aber warum drängt sich der Eindruck auf, dass unsere Vorschläge nur als Störung des Gesetzgebungsverfahrens und oftmals als Angriff auf die Finanzplanung des Senators für Finanzen wahrgenommen werden? Ganz einfach: Der Senator für Finanzen und damit der Senat hält regelmäßig an seiner Fassung eines Gesetz- oder Verordnungsentwurfs fest. Das gilt sogar bei einer Verletzung der Alimentationspflicht.

Das ist doch ein perfekter Zustand für jeden Arbeitgeber. Er darf die Bezahlung nach Gutdünken festlegen und die Beschäftigten dürfen sich nicht wehren. Machten sie es

doch, drohen ihnen erhebliche Konsequenzen. Der Arbeitgeber kann dagegen bis zum Ende eines langwierigen Gerichtsverfahrens, bei dem er ja auch noch alle Instanzen ausschöpfen kann, das Geld zunächst einmal zurückhalten. Und selbst für den Fall, er würde den Rechtsstreit verlieren, müsste er nur den einzelnen Kläger entschädigen, nicht aber den Rest der Belegschaft. Während sich Tarifbeschäftigte solch ein Verhalten kaum gefallen lassen würden, wird dies von Beamt:innen erwartet.

Es ist nicht neu, dass Besoldungs- und Versorgungsanpassungen verfassungswidrig sind. Doch in der Vergangenheit wurden zur Klärung mit der Senatorin für Finanzen Musterklagen vereinbart und durchgeführt. Auch wenn sich diese Klagen bis heute beim Bundesverfassungsgericht befinden und dort noch nicht entschieden wurden, so bleibt doch der Anspruch für alle Kolleg:innen erhalten, die sich diesen Musterklagen angeschlossen haben.

Das ist zumindest für Bremen Vergangenheit. Die Anhebung der Besoldung und Versorgung zum 1. Dezember 2022 dürfte spätestens vor dem Hintergrund der Inflation und der daran anschließenden Entlastungspakete der Bundesregierung für eine amtsangemessene Alimentation nicht reichen und muss nachgebessert werden. Das sieht der Senator für Finanzen natürlich anders. Was soll er auch machen, er kann ja schließlich nicht zugeben, dass das Gesetz von vornherein verfassungswidrig war.

Es wäre für den Senator für Finanzen aber einfach, den Weg seiner Vorgängerin zu gehen und mit uns Musterklagen zu vereinbaren. Doch weit gefehlt. Während in Bremerhaven Oberbürgermeister Melf Granz diese Musterklagevereinbarung mit uns abgeschlossen hat, lehnt der Senator für Finanzen, Dietmar Strehl, diesen Weg ab. Damit nicht genug. Ich wollte es zunächst nicht

glauben, aber inzwischen hat es ein hochrangiges Mitglied der Bürgerschaft bestätigt: Die Musterklagevereinbarung des Oberbürgermeisters wird vom Finanzressort rechtlich überprüft.

Der Senator für Finanzen lehnt also nicht nur eine kollektive Überprüfung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab, sondern will dies auch in Bremerhaven verhindern. Warum eigentlich? Wenn die jetzige Besoldung und Versorgung verfassungsgemäß ist, dann hat der Dienstherr ja nichts zu verlieren. Zur Sicherung der Ansprüche jede Kollegin und jeden Kollegen einzeln in den Rechtsstreit zu zwingen, macht aber dann finanzpolitisch Sinn, wenn mit einer Nachzahlung gerechnet wird. Ist dies der Fall, dann ist das Verhalten des Senators für Finanzen einfach nur schäbig.

Wenn schon nicht der Senat interveniert, stellt sich die Frage, wo hier die politische Kontrolle durch die Bürgerschaft bleibt. Das Finanzressort kann scheinbar unkontrolliert politische Macht ausüben und verfassungsmäßige Schranken missachten.

Ein guter Dienstherr zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass er seine Beamt:innen fair behandelt. Er sollte also für eine Besoldung und Versorgung sorgen, die sich nicht an der Untergrenze des Zulässigen bewegt. Andere Länder machen es vor. So hat beispielsweise Schleswig-Holstein die Bezüge immerhin um einen zusätzlichen Prozentpunkt angehoben und Thüringen will sogar erheblich nachbessern. Leider ist das in Bremen anders und der Begriff Dienstherr bedeutet hier „Diene dem Herrn“.

Aber vielleicht ist ja alles ein großes Missverständnis. Der Senator für Finanzen könnte immer noch für alle Beamt:innen in Bremen den Anspruch bis zu einer gerichtlichen Entscheidung offenhalten und für die Jahre 2022 und 2023 auf die Einrede der Verjährung verzichten. ■



Fachgruppentreffen
per Videokonferenz



Erstes Fachgruppentreffen der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei im neuen Jahr

Am 26. Januar traf sich der Vorstand der Fachgruppe Schutzpolizei per Videokonferenz zu ihrer ersten Sitzung im Jahr 2023. Die Fachgruppenvorsitzende Kim Kunze begrüßte die Anwesenden und freute sich über die gute Beteiligung an der knapp dreistündigen Sitzung.

Kim Kunze

Peter Schnaars, stellvertretender Vorsitzender der Fachgruppe Schutzpolizei, berichtete über die Sitzung des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei Ende des vergangenen Jahres. Kernthemen hierbei waren die Legalisierung von Cannabis und das DEIG (Distanzelektroimpulsgerät).

Anschließend informierte der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter über die gewerkschaftliche Situation des GdP-Landesverbands Bremen. Die Zeit wurde aber hauptsächlich genutzt, um sich über wichtige Themen auszutauschen.

Die vielfältigen Themen, wie Anpassung alter und Schaffung neuer Regelwerke in den

regionalen Abteilungen, Maßnahmen am Hauptbahnhof, Arbeitsbelastung in den einzelnen Referaten, Personalfehl usw., zeigen den Kolleg:innen, dass an den Dienststellen einiges abverlangt wird und es für die Fachgruppe Schutzpolizei noch viel zu tun gibt.

Wie schon in den vergangenen Jahren muss die Polizei Bremen auch in diesem Jahr die täglichen Herausforderungen mit einer sehr angespannten Personalsituation bewältigen. Hierzu sind die Direktionen bereits in die Planungen eingestiegen, wie sie die Kolleg:innen zukünftig einsetzen und Prozesse verschlanken können.

Bei dem diesjährigen **Fachgruppenseminar in Tossens, vom 27. bis 29. März 2023**, werden die Mitglieder der Fachgruppe zusammenkommen, um sich in die Planungen einzubringen und posi-

tive Ergebnisse für alle herauszuholen. Ihr könnt aktiv mitwirken und euch hierzu mit der Direktionsleitung Einsatz und der Behördenleitung austauschen.

Jedes Mitglied der FG S ist angesprochen, vom/von der Sachbearbeiter:in ESD, KOP, der Referatsleitung bis hin zum/zur Stabsmitarbeiter:in der Direktion E, und hat die Chance mitzukommen. **Also macht mit und meldet euch an!**

Weiterhin wird in diesem Frühjahr die nächste Vertrauensleutetagung stattfinden. Wer Lust hat dabei zu sein, kann sich bei der GdP Bremen (bremen@gdp.de) oder Kim Kunze (kim.kunze@gdp-hb.de) anmelden.

**Wir freuen uns auf euch!
Eure Fachgruppe Schutzpolizei**

Mitgliederversammlung der Fachgruppe Kriminalpolizei am 17. Januar 2023

Schon am 17. Januar 2023 traf sich ein kleiner, aber feiner Kreis interessierter Mitglieder in der Kantine des Präsidiums, um über aktuelle Themen in der Kripo, aber auch aus den anderen Bereichen der Polizei Bremen zu diskutieren.

Lutz Jurkschat

Ganz oben auf der Liste stand der aktuelle Sachstand, wie aber auch der Bereich Zulagen und anstehender Entlastungen im

Bereich des K 32. Seit der Personalversammlung im Dezember letzten Jahres hat sich dort eine Menge getan und ich glaube, es wird sich in diesem Bereich noch Weiteres tun. Seitens des Senators für Inneres, Herrn Mäurer, wurde diesbezüglich einiges in Aussicht gestellt. Es bleibt abzuwarten, ob es sich

hierbei um zusätzliche Gelder handelt oder ob diese zulasten der Kripo im Allgemeinen gehen werden. An dieser Angelegenheit werden wir dranbleiben.

Aber nicht nur dieses war Thema bei den anwesenden Mitgliedern. Auch die Belastung der Mitarbeiter:innen, sei es im Vollzug



Teilnehmer der Mitgliederversammlung

wie auch Nichtvollzug, die im Bereich der Haldenabarbeitung eingesetzt sind, wurde diskutiert. Lösungen zur weiteren Entlastung, bis auf die Einstellung von Nichtvollzug, konnten wir aber auch nicht erarbeiten. Alles, was im Moment betrieben wird, dient der Reduzierung der Akten durch den

Einsatz verschiedenster Mitarbeiter:innen aus anderen Bereichen. Doch dadurch findet eine Arbeitsverdichtung in den entscheidenden „Stammdienststellen“ statt. Die Frage, wer eigentlich noch in seiner originären Dienststelle Akten bearbeitet, stellt sich mir des Öfteren.

Bleibt noch zu erwähnen, dass sich auch unsere Fachgruppe vehement dafür einsetzen wird, dass die Polizeizulage wieder ruhegehaltstauglich wird, und das nicht erst nach der Wahl, sondern so schnell wie möglich. Wie einige Aussagen, die vor der Wahl getroffen worden sind, nach der Wahl interpretiert werden, kennen wir alle zur Genüge.

Besonders gefreut hat mich bzw. uns, dass unser Landesvorsitzender trotz ständig vollen Terminkalenders die Zeit gefunden hat, uns einige Themen, welche die GdP insgesamt bewegen, näherzubringen. Vielen Dank dafür!

Wenn man gute Gespräche und Diskussionen führt, vergeht die Zeit erfahrungsgemäß wie im Flug, und so ist auch an diesem Dienstagnachmittag die Zeit schnell vorangeschritten und wir konnten noch nicht einmal alle auf der Agenda stehenden Themen ansprechen. ■

GdP Bremen beim Fraktionsvorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Bremen

Am Nachmittag des 18. Januar 2023 besuchten der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter und Heinfried Keithahn vom geschäftsführenden GdP-Landesvorstand den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Björn Fecker.

Nils Winter

Bei dem fast zweistündigen Austausch in den Räumlichkeiten der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Bremen wurde sich neben dem Entwurf der Grünen zum Versammlungsfreiheitsgesetz unter anderem zu folgenden Themen ausgetauscht:

- Belastungen in den Bereichen des öffentlichen Dienstes
- Situation im Bereich der Kriminalpolizei, hier u. a. im K 32
- Zukünftige Zielzahl der Polizeien in Bremen und Bremerhaven
- Standort PK-Mitte und geänderte Verkehrsführung
- „Kontrollquittungen“
- Sofortige Anpassung der Polizeizulage und Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit



Von links: Heinfried Keithahn, Nils Winter und Björn Fecker

Björn Fecker hat die Absicht, sich mit seiner Fraktion über die angesprochenen Themen sowie unsere Anmerkungen und Forderungen auszutauschen. Die Gewerkschaft

der Polizei (GdP) Bremen bedankt sich für das gut zweistündige Gespräch. Ein Folgetermin wird noch vor der Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 angestrebt. ■



GdP-Kreisgruppe Bremerhaven organisiert Informationsabend zum Thema „Gesetzliche Rente“

Am Abend des 18. Januar 2023 luden wir unsere Mitglieder und ihre Partner:innen zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Gesetzliche Rente“ ins Forum der Arbeitnehmerkammer Bremerhaven ein. Als Referenten konnten wir den DGB-Gewerkschaftssekretär Lutz Bock gewinnen, der sich gerne bereit erklärte, für die GdP-Kreisgruppe Bremerhaven einen Kurzvortrag zu diesem Thema zu halten.

Brigitte Weinhold

Das Thema stieß bei den Teilnehmenden aus verschiedenen Bereichen der Bremerhavener Stadtverwaltung auf großes Interesse und es wurden viele Fragen gestellt. Lutz Bock erklärte zunächst, wie die

Rente berechnet wird und informierte über Witwen-, Erwerbsminderungs- und Teilrente und gab viele nützliche Tipps und Hinweise. Unsere Mitglieder staunten nicht schlecht, als Lutz mit so manchen Annahmen aufräumte und Fakten und Möglichkeiten präsentierte.

In der Politik werden oftmals Entscheidungen getroffen, die sich massiv auf zu-

künftige Rentenempfänger auswirken werden. Gerade zu Beginn der beruflichen Laufbahn macht es Sinn, sich mit dem Thema „Rente“ auseinanderzusetzen, um negativen Überraschungen beim Renteneintritt vorzubeugen und beabsichtigte Änderungen, die die Rente betreffen, einschätzen zu können. ■

Neujahrsempfänge des Senats in Bremen sowie in der Bremischen Bürgerschaft



Von links: Conny Renken, Nils Winter und Frank Imhoff

Vielen Dank an den Bürgermeister Herrn Andreas Bovenschulte für die Einladung zum Neujahrsempfang 2023 des Senats in der Oberen Rathaushalle in Bremen.

Der GdP-Landesvorsitzende Nils Winter und seine Stellvertreterin Conny Renken konnten viele gute Gespräche führen.

Ein weiterer Dank gilt dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Frank Imhoff, für die Einladung zum Neujahrsempfang 2023 im Haus der Bürgerschaft.

Auch hier wurden von Nils und Conny einige zielführende Gespräche mit anwesenden politischen Vertretern geführt.

In seiner Rede bedankte sich Frank Imhoff unter anderem für den Einsatz der Rettungskräfte und der Feuerwehr sowie der



Von links: Nils Winter und Andreas Bovenschulte

Polizei in Bremen und Bremerhaven in der Silvesternacht. ■



Internationaler Frauentag

Es ist heute selbstverständlich, dass Frauen studieren, ihren Beruf frei bestimmen können, zur Wahl gehen, in den Länderparlamenten, im Bundestag und der Bundesregierung vertreten sind. Vor 1911 war dies noch eine Utopie.

**Siggi Holschen,
Landesfrauengruppe**

Am 19. März 1911 wurde in der Schweiz, Österreich-Ungarn, Dänemark und dem Deutschen Reich der 1. Internationale Frauentag gefeiert. 1921 wurde durch einen Beschluss der 2. Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau der Internationale Frauentag auf den 8. März festgelegt. Erstmals demonstrierten Frauen für die Gleichberechtigung. Die deutsche Frauenbewegung war jedoch schon weit vorher aktiv.

Bereits 1865 wurde der Deutsche Frauenverein gegründet, der sich für das Recht auf Arbeit für alle Frauen einsetzte. Heute ist es kaum nachvollziehbar, dass im 19. Jahrhundert nur Frauen aus ärmeren Familien arbeiten durften bzw. mussten, um so den Lebensunterhalt der Familien sicherzustellen.

Bürgerlichen Frauen war dieses verboten. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass sich zwei „Gruppen“, eine bürgerliche und eine Arbeiterinnenbewegung, entwickelten. Das war jedoch nur der Anfang. Die Frauen wurden selbstbewusster. Allerdings dauerte es noch bis 1961, dass eine Frau Bundesministerin wurde.

Und heute, mehr als 60 Jahre später? Haben wir jetzt die Gleichberechtigung?



Die Antwort ist NEIN! Noch immer verdienen Frauen im Schnitt weniger. Noch immer ist der männliche Anteil in Führungspositionen deutlich höher als der der Frauen, obwohl es seit 1980 das Gesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz gibt. Und selbst in der Familie mussten wir Frauen für unsere Rechte kämpfen. Denn erst seit 1977 ist die Vergewaltigung in der Ehe strafbar.

Einiges ist sicherlich schon erreicht worden. Trotz allem, wir sind noch weit entfernt

von der Gleichberechtigung, so wie sie im Grundgesetz verankert ist. Der 8. März ist ein außerordentlich wichtiger Tag für uns Frauen.

Besonders in diesem Jahr sollten wir Bremerinnen die Gelegenheit zwischen 12 und 14 Uhr auf dem Marktplatz nutzen, um Politikerinnen der Bremer Bürgerschaft zu befragen, was sie für uns Frauen in den nächsten vier Jahren erreichen wollen.

DENN NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK! ■



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2023, Landesjournal Bremen, ist der 6. März 2023.
Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de

Moin – ich bin der Neue!

Liebe GdP-Mitglieder, für alle die, die mich noch nicht kennen: Ich bin Max von Buddenbrock, 24 Jahre alt und seit Anfang dieses Jahres der neue Geschäftsführer und Nachfolger von Frank Revermann bei der **GdP Service GmbH Bremen**.

Ich habe 2019 mein Studium bei der Polizei Bremen begonnen und bin seit Anfang des Jahres 2020 bei der GdP Bremen aktiv. Vor meiner Zeit in Bremen habe ich eine Ausbildung zum Veranstaltungskaufmann bei der Hamburg Messe und Congress GmbH absolviert. Eine spannende Erfahrung, die mir sicherlich bei der neuen Tätigkeit helfen wird. Nach Beendigung des Studiums bin ich dem Ostzug (BP 222) der Bereitschaftspolizei zugeteilt worden, wo ich aktuell meinen Dienst versehe.

Aus dem anfänglichen GdP-Versorgen der Kolleg:innen bei Großeinsätzen wurde

Schritt für Schritt immer mehr. Im Dezember 2021 folgte dann die Wahl zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der JUNGEN GRUPPE in Bremen. Und nun ein weiteres Aufgabenfeld: die GdP Service GmbH. Über die Service GmbH werden beispielsweise Kooperationen mit Sportartikelherstellern, Fitnessstudios oder Reiseunternehmen vereinbart, sodass GdP-Mitglieder deren Angebote zu günstigeren Konditionen nutzen können. Wer sich einen Überblick verschaffen möchte, was die Service GmbH alles zu bieten hat, ist herzlich eingeladen, die Website zu besu-



Foto: GdP Bremen

Max von Buddenbrock

chen und sich zu informieren. Da ist garantiert für jeden was dabei!

Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen des geschäftsführenden Landesvorstandes und bin voller Taten drang, die Service GmbH voranzubringen und an Franks Leistungen anzuknüpfen. Falls ihr Ideen, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge habt, kommt gerne auf mich zu, sprecht mich an oder schreibt mir eine Mail. Ich freue mich auf die kommende Zeit und hoffe auf ein starkes Miteinander! [#fürunsfürmorgen](https://www.instagram.com/fürunsfürmorgen)

